

532.45
 102.11
 532.40
 532.50 - LA/KN/PL/NS/EY/CP

Washington, le 5 octobre 1992

C O N F I D E N T I E L

- DFE - Secrétariat du Chef du Département
 - Secrétariat général
 - Administration fédérale des finances,
 Dir. Gygi
 - Monnaie, économie, trésorerie
- DFEP - Secrétariat du Chef du Département
 - OFAEE, Dir. Blankart
 - OFAEE, Soutien économique aux pays
 d'Europe centrale et de l'Est
 - OFAEE, Développement, pays en
 développement (Amb. Imboden)
 - OFAEE, Service du développement
- DFAE - Secrétariat du Chef du Département
 - Secrétariat du Secrétaire d'Etat
 - DP I, Coopération avec l'Europe
 orientale et centrale
 - Service économique et financier
 - DDA, Dir. F. Staehelin
 - DDA, Affaires multilatérales

Banque Nationale Suisse, Zurich

M. Daniel Kaeser, Administrateur FMI

M. J.-D. Gerber, Administrateur BM

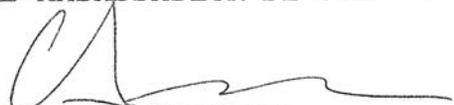
Institutions de Bretton Woods: assemblée annuelle 1992
 (Washington, 19-25 septembre 1992)

Rapport sur le volet bilatéral

On trouvera, ci-joint, le rapport sur les entretiens bilatéraux que le Conseiller fédéral Stich et les Secrétaires d'Etat Blankart et Gygi ont eus en marge de la réunion annuelle des Institutions de Bretton Woods.

Un résumé des réunions du Groupe des Dix et du Comité intérimaire figure également en annexe.

L'AMBASSADEUR DE SUISSE


 Edouard Brunner



Copie: Ambassades de Suisse à

- Bonn
- Bruxelles
- Lagos
- La Haye
- Londres
- Moscou
- Ottawa
- Paris
- Pretoria
- Rome
- Ryad
- Stockholm
- Tirana
- Tokyo
- Varsovie

Délégation de la Suisse auprès de l'OCDE, Paris

1. Gespräch von Bundesrat Stich mit dem Finanzminister von
Azerbaidjan, B. Karaev¹ (K), vom 19. September 1992

BR Stich und K wünschen sich eine gute Zusammenarbeit, K ist überzeugt, die Schweiz sei ein guter Partner.

K informiert über die Wirtschaftslage in Azerbaidjan. Sein Land habe grosse Naturressourcen und decke von weltweit 11 Klimazonen deren 9 ab. Hauptressourcen seien Erdöl, Bunt- und Schwarze Metalle und landwirtschaftliche Produkte (Baumwolle, Seide, Trauben). Die Baumwolle wird hauptsächlich unverarbeitet für Bartergeschäfte oder Exporte in andere GUS-Staaten verwendet. Das Land besitzt eine starke Industrie (Erdöl, Chemie, Buntmetalle, Elektrotechnik, verarbeitende Industrie, Leichtindustrie). Das Kaspische Meer liefere schwarzen Kaviar und sehr gute Fischarten, die Binnenseen weitere Fische.

Nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion habe sich die Wirtschaft nicht sehr gut entwickelt, da die alten Beziehungen auseinandergebrochen und die traditionellen Lieferungen gestört sind. Die Produktion sinkt (im ersten Halbjahr 22-23 Prozent). Dies hat Auswirkungen auf die Budgetsituation. Bis jetzt habe man ein Defizit vermeiden können, bis zum Jahresende lasse sich dieses jedoch vermutlich nicht abwenden.

Azerbaidjan hat im August eine eigene Währung eingeführt (den Manat), der gegenwärtig parallel zum Rubel verwendet werde. Die volle Einführung einer nationalen Währung sei in Vorbereitung.

Der Hauptbedarf an Hilfe besteht vor allem in der verarbeitenden Industrie und in der Landwirtschaft. Die vorhandenen Devisen reichen nur für den Bedarf an importierten Nahrungsmitteln (vor allem Getreide, Milch und Fleisch), eine rationellere Produktion sei deshalb wichtig.

Der Krieg zwischen Armenien und Azerbaidjan habe natürlich direkte Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes. Ein Drittel der Gebiete des Landes liege im Schussbereich der armenischen Artillerie. Dort befindet sich ein Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Böden. In Azerbaidjan hoffe man auf eine friedliche Lösung. Bei der Unterzeichnung der KSZE-Akte habe der Präsident ein 60-tägiges Moratorium vorgeschlagen, doch Armenien hätte nicht reagiert.

Azerbaidjan würde in den Büros der schweizerischen Exekutivdirektoren gerne durch einen Assistenten vertreten sein.

¹ Begleitet vom Präsidenten der Nationalbank von Azerbaidjan, G. Agaev, sowie dem Abteilungschef im Finanzministerium zuständig für die Bretton Woods Institutionen, E.T. Aliev.

- 2 -

Die Details sollen durch die Experten geregelt werden.

BR Stich lädt K in die Schweiz ein. Dieser nimmt die Einladung mit Dank an und spricht eine Gegeneinladung aus, die BR Stich annimmt.

Notenbankpräsident Agaev hat die Aufgabe, die neue Währung einzuführen und ersucht um schweizerische Hilfe. Er möchte Experten der Schweizerischen Nationalbank nach Azerbaijan einladen.

2. Gespräch von Bundesrat Stich mit dem Finanzminister von Kirgistan, A.M Muralieyev² (M), vom 19. September 1992

Beide Minister freuen sich über das Treffen. Das bestehende Missverständnis betreffend die Zahlungen des Devisenteils der IDA-Beteiligung konnte bereits ausgeräumt werden und ein Geschenkabkommen wird unterzeichnet.³ M dankt für die schweizerische finanzielle Unterstützung und ist mit der Bemerkung von BR Stich einverstanden, Geschenke sollten die Freundschaft nicht stören. Er begrüsst auch die Möglichkeit, dass Turkmenistan in die Gruppe eintritt, und wäre auch mit Südafrika einverstanden.

M lädt BR Stich nach Kirgistan ein. Dieser akzeptiert mit Dank die Einladung, wünscht aber einen vorgängigen Besuch von M in der Schweiz. Auch M akzeptiert mit Dank.

Anschliessend erläutert M die Wirtschaftslage von Kirgistan. Die Wirtschaft befinde sich in einer schwierigen Lage, hervorgerufen durch das Auseinanderbrechen des früheren Systems, durch fehlende Organisation und durch den gegenwärtigen politischen Umwandlungsprozess. Die Produktion sinkt. Die Rubelzone, der Kirgistan angehört, ist nicht stabil, es herrsche eine Zahlungsbilanzkrise. Die Inflation in Kirgistan sei allerdings tiefer als in Russland. Die Preisliberalisierung, insbesondere die Erhöhung der Energiepreise, habe sehr negative Auswirkungen. Es herrsche strenge Budgetkontrolle. Reformen sind eingeleitet worden bei der Investitionspolitik und der Landprivatisierung. Die Besitzesverhältnisse werden geprüft. Kirgistan benötige konzessionelle Kredite. Vom 12. bis 23. Oktober begeben sich eine Weltbank-Mission nach Kirgistan. Eine schweizerische Beteiligung würde begrüsst. Am 25. November solle in Paris ein erstes Treffen der Konsultativgruppe für Kirgistan stattfinden. Minister Gerber sagt eine Beteiligung des BAWI zu.

² Begleitet vom Vorsitzenden der Nationalbank, K.K. Nanayev, und dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Aussenwirtschaftsbeziehungen, A.I. Saryghylov.

³ Auf der Basis dieses Abkommens wurde vom BAWI unverzüglich die Zahlung in Auftrag gegeben, so dass noch während der Jahresversammlungen der kirgisische Finanzminister die Statuten der IDA am 24. September unterzeichnen konnte.

BR Stich erkundigt sich nach den prioritären Bereichen einer schweizerischen Unterstützung. Nach M wäre eine solche am nützlichsten in den Bereichen der Reform des Bankensystems, der Steuergesetzgebung und der Kaderausbildung für Schlüsselbereiche in der Wirtschaft.

3. Gespräch von Bundesrat Stich mit dem stellv. Premierminister von Tadjikistan, Tuhtaheoi Gafarov⁴ (G), 19. September 1992

BR Stich heisst die tadjikische Delegation willkommen. G informiert, dass die Gesetze und sonstigen Unterlagen bereit seien, da Tadjikistan den Willen habe, Mitglied der Bretton Woods Institutionen zu werden. Die Vorlagen wurden an das Parlament weitergeleitet, das jedoch in den letzten drei Monaten nicht getagt habe (kein Berufsparlament). Als es dann am 4. September zusammentrat, erreichte es das nötige Quorum nicht, vier Abgeordnete fehlten dazu. Tadjikistan habe das Memorandum zum Beitritt in die schweizerische Gruppe unterzeichnet, für sein Land sei es eine grosse Ehre, in dieser Gruppe mitzumachen. Tadjikistan fühle sich als Mitglied der Gruppe, unabhängig davon, ob es nun Mitglied der BWI sei oder nicht. Es sei geplant, dass das Parlament in der zweiten Oktoberhälfte wieder zusammentrete. Da alle Kommissionen dem Beitritt zugestimmt hätten, glaubt G, die Zustimmung des Parlamentes werde ohne Probleme erfolgen. Der formelle Beitritt könne dann Ende Oktober/anfangs November stattfinden. G hofft schliesslich, die Beziehungen zwischen seinem Land und der Schweiz werde sich nicht nur im Rahmen der BWI entwickeln, sondern auch sonst.

BR Stich lädt G ein, als Beobachter am Constituency meeting teilzunehmen und erklärt sich einverstanden, dass die schweizerischen Exekutivdirektoren die Interessen Tadjikistans in den BWI bis zu den nächsten Wahlen, wenn der formelle Eintritt in die schweizerische Gruppe vollzogen werden kann, wahrnehmen. Dies gilt auch während der Zeit, in der Tadjikistan noch nicht formell Mitglied der BWI geworden ist.

G informiert über die Wirtschaftslage und meint, es sei die eigene Schuld seines Landes, wenn so wenig darüber bekannt sei. Sein Land liege im Süden der früheren Sowjetunion und habe gemeinsame Grenzen mit Afghanistan und China. Die Unabhängigkeit erfolgte am 9. September 1991. Diese hat das Land als wirtschaftlich Arme zurückgelassen. Tadjikistan habe jedoch Naturressourcen und ein grosses Potential. Es besitze die besten Baumwollsorten und in bezug auf die Wasserreserven zähle es zu den Spitzenreitern in der früheren Sowjetunion. Eine grosse Anzahl von Staudämmen seien geplant. Ebenso soll die Industrie weiter entwickelt werden, insbesondere die Verarbeitung von Aluminium. 90 Prozent von den ausgeführten Landwirtschaftsprodukten würden unverarbeitet exportiert, das gleiche gelte für das Aluminium. Das Parlament habe ein Wirtschaftsreformprogramm

⁴ Begleitet durch den Finanzminister, Normat Unosov, sowie durch das Mitglied des Obersten Wirtschaftsrates, Achror Umarov.

verabschiedet, welches den Uebergang zum marktwirtschaftlichen System vorsehe.

Im Sinne des tajikischen Sprichworts, selber sehen sei besser als sprechen, lädt G BR Stich in die Schweiz ein. BR Stich stimmt dem Sprichwort zu und nimmt die Einladung an. Er lädt seinerseits G in die Schweiz ein. Auch G nimmt mit Dank an, bemerkt aber, er sei vor drei Wochen bereits in der Schweiz gewesen.

Auf die Frage von BR Stich nach den Prioritäten schweizerischer Hilfe nennt G 1) den Bereich der Verarbeitung von Baumwolle und 2) die Nutzung der Naturressourcen. Er sehe ein grosses Feld von Zusammenarbeitsmöglichkeiten und Joint Ventures. BR Stich weist G auf die Möglichkeiten der schweizerischen Textilmaschinenindustrie hin.

G würde die Aufnahme von Turkmenistan in die schweizerische Gruppe unterstützen, müsste die Aufnahme von Südafrika jedoch dem Parlament und der Regierung vorlegen.

4. Gespräch von Bundesrat Stich mit dem 1. stellv. Regierungschef von Turkmenistan, Valeriu G. Otchertsov⁵ (O), 23. September 1992

Nach einleitenden begrüssenden Worten durch BR Stich informiert O diesen, dass Botschafter Ritter vor drei Wochen bereits in Ashchabad war und nützliche Diskussionen führte.

O weist darauf hin, dass der IWF bereits einen Bericht über Turkmenistan veröffentlicht habe, worüber er froh sei. Er sei bereits mit dem geschäftsführenden Direktor des IWF, Camdessus, zusammengetroffen, der ihm gute Ratschläge gegeben habe, wie sein Land mit seinen Rohstoffen am besten umgehen solle. Das Land habe zwar eine zuverlässige Zahlungsbilanz und gute Exportmöglichkeiten, doch seien die wichtigsten natürlichen Ressourcen seines Landes, nämlich Erdöl und Erdgas, nicht erneuerbare Ressourcen. Es müsse deshalb geprüft werden, wie diese am besten zum Nutzen des Landes eingesetzt werden könnten. Er zähle dabei auf die Hilfe der Internationalen Organisationen, aber auch der Schweiz, insbesondere seines Privatsektors. Man könne den Abschluss bilateraler Abkommen ins Auge fassen, besonders in bezug auf den Handel, den Investitionsschutz und die Exportförderung (durch Oeffnung der ERG). Bisher hätten schon verschiedene Länder Kredit gewährt, nämlich die Türkei (70mio Dollars), Iran (50mio Dollars) und Pakistan (10mio Dollars). Diese Kredite sollen nicht für Lebensmittelimporte verwendet werden, sondern zur Unterstützung der Wirtschaftsstrukturen und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

⁵ Begleitet durch den stellv. Regierungschef Redjep Saparov, den Vorsitzenden der Bank für Aussenwirtschaftsaktivitäten, Khudaiberdy Orazov, und den Direktor der Steuerverwaltung im Finanzministerium, Balram G. Kulmanov.

O informiert BR Stich, dass bereits Kontakte mit Rieter und Geilinger bestünden zum Kauf einer Textilfabrik, welche mit Hilfe der EBRD und der Deutschen Bank finanziert werden solle. Turkmenistan möchte die Hilfe der Schweizerischen Nationalbank und der schweizerischen Privatbanken bei der Reform des Bankwesens und des Finanzsystems des Landes in Anspruch nehmen. Er schlägt den Austausch von Delegationen auf verschiedenen Niveaus, auch auf höchstem Niveau, vor zur Vertiefung der Zusammenarbeit. BR Stich rät zur Vorsicht in dieser Hinsicht, zuerst müsse man Ziele setzen und solche Gespräche gut vorbereiten, bevor man Delegationen sende, eine Bemerkung, der O zustimmt. Turkmenistan wird im Rahmen der BWI eine enge Zusammenarbeit mit der Schweiz anstreben und den schweizerischen Exekutivdirektoren alle Informationen, welche diese benötigen, zur Verfügung stellen.

O weist BR Stich auf die positive politische Lage in seinem Land hin, wie auch auf die günstige wirtschaftliche Entwicklung. Die letzte Baumwollernte sei gut gewesen, ebenso die Getreideernte. Das Programm der Neulandgewinnung mache Fortschritte (300'000ha). Im Bereich des Erdöl sei ein Wettbewerb ausgeschrieben worden, es hätten sich bereits 19 Firmen gemeldet, darunter so renommierte wie Chevron, Texaco, Amoco, Total und Bidas). Die Gasproduktion (Turkmenistan ist viertgrösster Produzent der Welt) sei stabil, Probleme herrschen jedoch beim Absatz, da die bisherigen Kunden aus der ehemaligen Sowjetunion nicht zahlen können und Turkmenistan dadurch auf hohem Guthaben sitzt. Deshalb sei ein Pipeline durch den Iran in die Türkei (für den Export von 30Mrd.m³ Gas) und nach Europa (für den Export von 15Mrd.m³) geplant. Bisher musste Turkmenistan sein Gas und Öl fast gratis abgeben. Im letzten Jahr exportierte es in der Grössenordnung von 1,05 Mrd. Dollars. 850 mio. Dollars behielt Russland zurück für die Bezahlung von Schulden, 200 mio. Dollars wurden in Moskau in den Banken eingefroren. So wurde Turkmenistan nackt wie ein Neugeborenes in die Unabhängigkeit entlassen.

O weist auf das Abkommen vom 31. Juli 1992 mit Russland hin, dass zur Regelung der Verteilung der Auslandsschulden abgeschlossen wurde. Man habe sich dabei auf die Nullvariante geeinigt (siehe Beilage⁶).

Turkmenistan ist gegenwärtig immer noch in der Rubelzone, doch bereite man aktiv die Einführung einer eigenen Währung vor, da man keine Stabilisierung des Rubels erwarte. Erste Muster von Banknoten und Münzen seien entworfen worden, ein Wettbewerb sei vorgesehen. Bis zur Einführung brauche man aber rund ein Jahr. Voraussetzung für die Einführung sei eine reibungslose Organisation sowie eine genügende finanzielle Abstützung. Zur Stützung der neuen Währung sollen Reserven in der Höhe von rund 1 Mrd. Dollars angelegt werden. Bei der Einführung dieser neuen Währung wolle man sich an das Abkommen von Minsk halten, wonach in den nächsten sechs Monaten mitgeteilt werden müsse, ob eine

⁶ Die Kopie des Abkommens wurde S. Nellen anlässlich der Vorgespräche über die Aufnahme von Turkmenistan in die schweizerische Wahlgruppe durch O überreicht.

neue Währung eingeführt werden solle.

5. Gespräch von Bundesrat Stich mit dem Vorsitzenden des Nationalbank von Uzbekistan, F. Mulladjanov⁷ (M), 23. September 1992

M erklärt einleitend, der Präsident Uzbekistans verehere die Schweiz und schätze ihr Bankensystem. Zuerst war vorgesehen, in die Ländergruppe von Belgien einzutreten, doch habe man nach dem Gespräch des Präsidenten in Helsinki mit Bundesrat Ogi den schweizerischen Vorschlag akzeptiert. Mit Unterstützung des Präsidenten, der früher Finanzminister war, habe man die Reform des Bankensektors schon weit vorangebracht. Uzbekistan gehöre der Rubelzone an, die Hyperinflation des Rubels habe aber einen negativen Einfluss auf die usbekische Wirtschaft. M hat vom Präsidenten den Auftrag erhalten, eine eigene Landeswährung einzuführen. Er möchte deshalb Ende September/anfangs Oktober mit einer Delegation von Experten in die Schweiz kommen. BR Stich weist darauf hin, dass er wohl zwar den Finanzminister einladen könne, nicht jedoch den Notenbankchef, und regt ein Gespräch mit Präsident Lusser an⁸.

Uzbekistan sei ein reiches Land, meint M, es produziere pro Jahr 80 t Gold, Baumwolle, Früchte und Gemüse. Es verarbeite jedoch wenig Produkte selber. Die Lieferung der Rohprodukte erfolge in erster Linie nach Russland. Uzbekistan habe ein Budgetdefizit, dieses sei jedoch nicht sehr gross. Geplant war ein solches von 10,8 Mrd. Rubel, bis September habe es sich aber lediglich auf 0,5 Mrd. belaufen. Allerdings seien im Vierten Quartal noch mit zunehmenden Schwierigkeiten zu rechnen.

A seinerseits ist glücklich, in der Schweizer Gruppe zu sein. Seine Delegation habe die Unterstützung durch die Schweiz an den Jahrestagungen geschätzt. Er wendet sich an den designierten Exekutivdirektor D. Kaeser mit folgenden Fragen und Bemerkungen: Im IWF herrschen entstellte Informationen über das Reformprogramm seines Landes. Das Geruch zirkuliere, ein solches gebe es gar nicht. Dies sei falsch, ein Beweis für die Anstrengungen sei nicht nur die gute Budgetsituation, sondern auch die bereits durchgeführten Reformen im Bereiche der Privatisierung (die Infrastruktur wurde bereits auf die Beine gestellt) und der Preisliberalisierung (fast alle Preise wurden freigegeben, ausser Getreide und Zucker). A möchte mit Herrn Kaeser so rasch wie möglich die Informationsarbeit an die Hand nehmen und die Grundlage legen für ein stand-by-Programm mit dem

⁷ Begleitet vom Vorsitzenden der Nationalbank für Aussenwirtschaftsaktivitaten, R. Azimov (A).

⁸ Ein Gespräch zwischen M und Präsident Lusser kommt am 24. September am Rande der Tagungen zustande. Präsident Lusser erklärt sich einverstanden, die Delegation in Zürich zu empfangen und weist auf die Ausbildungsmöglichkeiten des Zentrums Gerzensee hin.

IWF. Er bitte um die Beschaffung von Dokumenten, welche laut IWF nur über die Exekutivbüros erhältlich seien⁹. Uzbekistan werde diese Muster studieren und dann kopieren. Das meiste in diesen Abkommen sei sowieso Phantasie, da man noch ganz von Russland abhängig und damit nicht autonom sei, doch werde man natürlich ein solches Programm machen, wenn man damit den Forderungen des IWF entgegenkomme. Wir haben ja bewiesen, dass wir z.B. in bezug auf das Budgetdefizit und die Hyperinflation etwas unternehmen, aber wir sind noch ganz von den Entwicklungen in den umliegenden Staaten abhängig.

BR Stich relativiert die Ueberlegungen von A, indem er unterstreicht, es sei wichtig, dass zuerst Usbekistan wissen müsse, wohin es gehen wolle, und danach die Reformen ausrichten.

A möchte einen usbekischen Mitarbeiter in den schweizerischen Exekutivbüros haben. BR Stich sagt zu, die Schweiz werde einen Vorschlag machen.

6. Gespräch von Bundesrat Stich mit einer ministeriellen Delegation von Mazedonien¹⁰, 24. September 1992

T weist einleitend auf die deplorable Wirtschaftssituation seines Landes hin, welche in kurzer Zeit verschiedenen schweren Erschütterungen ausgesetzt war. So verloren mazedonische Bauunternehmen viel Geld (rund 308mio Dollars) im Irak, wo sie stark involviert waren. Von der UNO hätten sie keine Kompensation erhalten. Alleine mit diesen Mitteln hätte Mazedonien seine Währung konvertibel machen können. Weiter ging der Comecon-Markt verloren, der 30 Prozent der Aufträge ausmachte. Schliesslich ging der jugoslawische/serbische Markt wegen den inneren Wirren und dem Embargo verloren, was einen weiteren Verlust von 1,3 Mrd. Dollars ausmacht. Zudem seien 5000 bosnische Flüchtlinge auf mazedonisches Territorium geströmt. Schliesslich sehe sich das Land unter einer permanenten Blockade seitens Griechenlands. Auf dem Spotmarkt hätte Mazedonien z.B. 10'000 t Erdöl gekauft, welche in Saloniki blockiert würden, und dies ausgerechnet zur Erntezeit, also dem wichtigsten Zeitpunkt. Die EG sei aufgrund

⁹ Diese wurden in der Zwischenzeit besorgt, mit Ausnahme des Dokumente über den Stand-by von Lithauen, welche er in der Review-Phase und damit noch nicht veröffentlicht seien.

¹⁰ Die Delegation bestand aus:

- Dr. Ljube Trpeski, Minister ohne Portfolio, zuständig für die Verbindungen mit den Internationalen Finanzinstitutionen (T)
- Dr. Jane Miljovski, Minister ohne Portfolio, zuständig für die Privatisierung (M)
- Borko Stanoevski, Gouverneur der Nationalbank von Mazedonien (S)

der Solidarität mit Griechenland hilflos, sie übe auf dieses Land zuwenig Druck aus. Mazedonien benötige dringend Hilfe von seinen Freunden! Wichtig seien Finanzhilfe, Lieferung von Konsumgütern und Unterstützung für die Mitgliedschaft in den Internationalen Finanzinstitutionen. S weist auf die Bedeutung einer raschen Mitgliedschaft in der EBRD hin. Die Angelegenheit der Nachfolgestaaten Jugoslaviens soll am 1. Oktober im Board zur Diskussion kommen. Eine rasche Mitgliedschaft sei wichtig, damit von der Finanzhilfe profitiert werden könne. Nur über humanitäre Hilfe zu sprechen sei nicht gut, die Bevölkerung in Mazedonien wolle arbeiten, keine Almosen empfangen.

BR Stich sieht die wenig komfortable Lage Mazedoniens und die sich auftürmenden Probleme und fragt, was und wo die Schweiz konkret etwas unternehmen könne. Er fragt sich, ob sich Mazedonien nicht als Ausweg aus seiner Lage nicht zwei Namen geben könne. T schliesst dies aus, der Name der Republik sei in der Verfassung verankert und nur durch eine Verfassungsänderung veränderbar. Mazedonien habe immer um seine Identität gekämpft und sich gegen Serben, Bulgaren und Griechen abgrenzen müssen, wenn es den Namen nun aufgabe, könnte dies zu neuem Krieg und zur Zerstückelung des Landes führen. Beim Streit mit Griechenland gehe es im Grunde gar nicht um den Namen Mazedoniens, sondern um die Minderheitenprobleme Griechenlands.

Für BR Stich ist es einleuchtend, dass Mazedonien Mazedonien ist. Falls es eine Möglichkeit einer Lösung gebe, sei die Schweiz gerne bereit zu helfen. Die Schweiz habe keine Probleme mit dem Namen Mazedoniens. Er glaube, die Schweiz werde versuchen zu helfen. Er sei Finanzminister, werde aber mit dem Aussenminister darüber sprechen. Es sei aber wichtig, dass das Problem des Namens rasch gelöst würde, damit hingen alle Probleme zusammen, vorher sehe er keine vernünftige Lösung.

T dankt BR Stich, warnt aber, dass wenn zu lange zugewartet werde, in sechs Monaten in Mazedonien Hunger herrschen werde, ja, dass sogar Leute verhungern könnten. S präzisiert, ein Drittel der Betriebe arbeiten nicht mehr und die Zahlungsbilanzsituation verschlechtere sich zusehends. BR Stich rät zu Mut. M meint, Mut sei gut, es brauche aber auch ein bisschen Glück.

7. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. Keys [K],
Ministre des Finances de l'Afrique du Sud, FMI, le 22 septembre
1992

[BRS] a introduit l'entretien, auquel a également participé le gouverneur de la Banque centrale sud-africaine, en rappelant l'ouverture de la Suisse à une participation de la République du Cap dans notre groupe de vote, étant entendu qu'une telle décision soit acceptée par l'ANC. Il a complété cette offre en indiquant, qu'en raison du délai intervenu, nous ne pouvions offrir que des postes de conseillers, dès que les règlements auront été modifiés. Une telle solution vaudrait pour les deux prochaines années et pourrait faire l'objet de nouvelles discussions le moment venu.

De son côté, [K] nota, d'entrée de jeu, qu'une coopération avec la Suisse leur paraissait intéressante. Ceci étant, le processus de décision interne a été rendu difficile par les rapports avec l'ANC et par l'incertitude qui a longtemps accompagné les négociations avec la Suisse. Ceci vaut tout particulièrement pour les postes au sein du groupe de vote suisse. Il convient en outre de savoir que Pretoria dispose aujourd'hui d'un bureau auprès du FMI.

{Suite à cet entretien, M. Keys eut un entretien avec M. Trevor Manuel, secrétaire au commerce et aux finances de l'ANC, lors d'une dernière tentative visant à établir une position consolidée.

A seize heures nous avons été informés qu'un consensus n'avait pas abouti. Nous sommes, par contre, convenus que le bureau de l'Afrique du Sud auprès du FMI et nos bureaux du groupe de vote resteraient en contact étroit).

8. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. Genc Ruli
[R], Ministre des Finances de l'Albanie, Hotel Sheraton, le 21
septembre 1992

[G] décrit la situation particulièrement désespérée de son pays ainsi que les efforts entrepris par le gouvernement pour tenter d'y remédier (cf. note annexée à la fin du rapport). Il remercie la Suisse pour l'aide apportée jusqu'ici.

Le gouvernement albanais a entrepris de libéraliser les prix (à l'exception de ceux des produits essentiels, qui ont néanmoins fortement augmenté) et s'efforce de mettre en oeuvre une politique budgétaire restrictive. Des coupes drastiques ont été effectuées en matière de dépenses militaires et administratives ainsi que de subventions aux entreprises. Les dépenses pour l'éducation et la formation ont été maintenues en valeur nominale mais ont diminué en termes réels en raison de l'inflation (200% par an). Une réforme fiscale a également été entreprise mais les impôts ne représentent que 30% du revenu de l'Etat alors que le 40% de celui-ci provient de la vente de l'aide alimentaire étrangère.

Plus de la moitié des entreprises ne sont plus en mesure de produire: manquant de liquidités, elles ne peuvent pas acquérir les matières premières nécessaires. Déjà fortement endettées, elles ne peuvent plus emprunter. Le chômage touche désormais 30 à 40% des forces de travail. L'Etat ne parvient à consacrer que 0,5% de son budget aux investissements.

L'agriculture connaît une profonde crise et n'est plus en mesure de nourrir la population (alors qu'avant le changement de régime elle produisait même des surplus). La restructuration des anciennes coopératives étatiques et la privatisation des terres auxquelles s'est ajouté le manque d'engrais et de machines agricoles ont eu des effets dramatiques sur la productivité.

A une question de [BRS], [R] répond que le gouvernement dispose d'un large appui populaire (65% des suffrages aux élections) et ce, malgré la détérioration des conditions de vie de la population. Il est cependant impératif que le niveau de vie de la population s'améliore. Or, le gouvernement ne parvient qu'à assurer un minimum de prestations sociales pour les plus défavorisés et à remédier aux pénuries les plus graves dans le domaine alimentaire et de l'achat des matières premières.

L'Albanie est, dès lors, fortement dépendante de l'aide étrangère et des projets de la Banque Mondiale, qui sont cependant insuffisants face aux besoins.

[BRS] affirme que la Suisse est disposée à poursuivre son assistance bilatérale et à soutenir l'Albanie à la Banque Mondiale. Il se dit prêt à envisager une contribution dans le domaine de la formation bancaire et économique. [R] suggère, à cet effet, un jumelage entre la "Hochschule" de St.Gall et les universités albanaises. La Suisse, poursuit [BRS], étudiera également la possibilité d'accroître l'aide alimentaire.

L'Ambassadeur Imboden, qui assiste à l'entretien, informera la partie albanaise des procédures à suivre en vue d'entrer en possession des 4 millions de dollars que la Suisse a mis à disposition de l'Albanie pour le soutien de sa balance des paiements.

En marge de l'entretien, les Albanais laissent entendre qu'ils entreraient volontiers dans la "constituency" suisse.

9. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. Trevor Manuel [M], Secrétaire au commerce et aux finances de l'ANC, Résidence de l'Ambassadeur de Suisse, le 24 septembre 1992

[BRS] remercie [M] d'être venu et souligne qu'il a tenu à le rencontrer pour lui réitérer la disponibilité de la Suisse à maintenir des contacts en vue, le cas échéant, d'accueillir l'Afrique du Sud, le moment venu (c'est-à-dire lorsque les temps seront mûrs pour un accord entre le gouvernement et l'ANC), dans le groupe suisse.

Pour [M], les problèmes et les contradictions qui agitent

l'Afrique du Sud n'ont pas permis d'arriver à un accord dans les temps malgré les bonnes relations existant entre l'ANC et le Ministère des Finances et la Banque nationale, d'une part, ainsi que les progrès très nets enregistrés dans le dialogue entre gouvernement et l'ANC, d'autre part.

Selon [M], "there is no doubt as to where we wanted to be": l'ANC a eu des contacts avec les administrateurs des deux "constituencies" africaines afin que ne surgissent pas des malentendus; les deux groupes se sont dits prêts à faire une place à l'Afrique du Sud en leur sein. En fin d'entretien, il ajoute que les anglophones se sont montrés plus réservés que les francophones qui sont, cependant, plus "éloignés de nous". [M] se dit, par ailleurs, très préoccupé par la marginalisation de l'Afrique sur la scène mondiale.

En tout état de cause, il ne sera pas possible de prendre une décision avant la mise en place du gouvernement intérimaire. [M] remercie la Suisse, dont le geste a été très apprécié.

[M] remercie aussi [BRS] de l'offre suisse d'assister l'Afrique du Sud au cours de la phase de transition. La Suisse pourrait certainement fournir une contribution précieuse en matière de formation des cadres noirs, notamment dans le domaine bancaire. On s'accorde désormais au sein de l'ANC sur le fait que la structure économique de l'Afrique du Sud restera telle qu'elle est aujourd'hui. Il conviendra, par contre, de mettre en oeuvre des mesures permettant d'opérer une redistribution de la richesse en faveur des Noirs.

[BRS] réitère la disponibilité de la Suisse à accueillir l'Afrique du Sud dans deux ans tout en précisant que nous comprendrions très bien que ce pays préfère entrer dans un groupe africain.

10. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. A. Alsayari [A], Monetary Agency, Arabie saoudite, IMF, le 19 septembre 1992

La visite de [BRS] chez [A] est une visite de courtoisie ayant pour objet de remercier l'Arabie saoudite du soutien accordé à la Suisse au cours des différentes étapes qui ont précédé et suivi son entrée aux IBW (Institutions de Bretton Woods).

[A] se dit heureux de la "solution 24ème siège" qui évite des répercussions négatives pour les pays en développement.

Se référant aux contacts que les Saoudiens ont eus avec le Turkmenistan, [BRS] demande à [A] s'il connaît les intentions de ce pays quant au groupe auquel il voudrait adhérer et fait état de la disponibilité de la Suisse à l'accueillir, le cas échéant.

[A] promet de transmettre le message s'il en a l'occasion et ajoute, qu'à son sens, le Turkmenistan n'a encore adhéré à aucun groupe par méconnaissance des mécanismes et procédures en vigueur au sein des IBW.

11. Entretien du Conseiller fédéral O. Stich [BRS] avec M. L. Preston [P], Président de la Banque Mondiale, Sheraton, le 22 septembre 1992

Wie schon im vergangenen Mai, als [BRS] [P] im Rahmen der Unterzeichnungszereemonie unseres BWI-Beitritts einen Besuch abstattete, wickelte sich auch dieses Gespräch in einer äusserst freundschaftlichen und entspannten Atmosphäre ab.

[BRS] dankt [P] und seine Mitarbeiter - insbesondere VP E. Stern - für die diskrete aber effiziente Unterstützung während der Abstimmungskampagne in der Schweiz. Die Tatsache, dass zum ersten Male in der Geschichte der BWI die Stimmbürger dem Beitritt eines Landes ausdrücklich zugestimmt haben, ist auch für die BWI ein wichtiges Ereignis. Die Schweiz wird in der Weltbank eine aktive Rolle spielen und die Ziele der Schweizer Entwicklungshilfspolitik als Leitlinien anwenden. Diesen Auftrag hat die Regierung vom Parlament erhalten. Ein wichtiger Grundsatz unserer Entwicklungshilfspolitik ist die Hilfe an die ärmsten Bevölkerungsschichten der Entwicklungsländer. Unser Beitrag an die IDA wird daher zumindest im Verhältnis zu unserem Kapitalanteil in der Weltbank stehen.

[P] zeigt sich sehr erfreut über die gefundene Lösung im Verwaltungsrat und bedankt sich für die positive Nachricht in Sachen IDA-Beitrag. Es ist sehr wichtig, dass eine positive Grundlage für die Wiederauffüllung der IDA-10 geschaffen wird und dass auch in Zukunft genügend Mittel für die multi- und die bilaterale Entwicklungshilfe bereitstehen. Die diesbezüglichen Aussichten stehen leider nicht sehr gut: Zunehmenden Bedürfnissen stehen - infolge von Budgetproblemen in allen Industrieländern - immer weniger Mittel gegenüber.

[BRS] erwidert, dass auch die Schweiz mit ähnlichen Problemen konfrontiert wird. Bis anhin ist unser Entwicklungshilfsbudget zwar nicht gekürzt worden. Der Posten "Beziehungen zum Ausland" weist eine Zunahme von 15.5 % aus, ein Trend, der bestimmt nicht anhalten kann. Wir werden aber weiter alles tun, um unseren Anteil an der Entwicklungshilfe zu leisten.

[P] erkundigt sich über die Reaktion in der Schweiz zum knappen Ausgang des Maastricht-Referendums in Frankreich und zur Krise des EMS. [BRS] erwidert, dass es schwierig ist zu sagen, was die Auswirkungen sein werden: Es sind sowohl Reaktionen zugunsten als auch gegen eine Integration der Schweiz in der EG möglich. Die Gegner werden sagen, dass die Währungskrise und die Skepsis gegenüber dem Maastricht-Abkommen für uns ein Warnschuss sein sollten und dass wir - auch angesichts der guten Haltung des Schweizerfrankens während der Währungskrise - von einer Integration weiter Abstand nehmen sollten. Auf der anderen Seite kann aber auch argumentiert werden, dass als Folge der kürzlichen Ereignisse in Europa der Integrationsprozess langsamer vor sich gehen wird, was für die Schweiz erst recht ein Grund sein sollte, nun an Bord zu springen, um diesem Integrationsprozess teilzunehmen. Die nun wahrscheinlich länger dauernde Phase bis zur Realisierung der Maastricht - Ziele kann auch für die Einführung besser ausgebauter demokratischer Prinzipien in der EG von Vorteil sein. [BRS] schliesst mit der Bemerkung, dass die

Ereignisse in den letzten Tagen gezeigt haben, dass die Zeit für eine Währungsunion nicht reif sei und dass eine bessere Koordinierung bzw. eine Uebereinstimmung der Fiskal- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedländer eine unabdingbare Voraussetzung für eine Währungsunion ist.

Auf die Frage von [P], ob unser Rückstand bei der IFC-Kapitaleinzahlung als "ein Signal" aufzunehmen sei, erwidert Botschafter N. Imboden dass ausschliesslich administrative Gründe diesen Rückstand verursacht haben.

Abschliessend lädt [BRS] - auch im Namen von BR Delamuraz - [P] zu einem offiziellen Besuch in die Schweiz ein. [P], der ein regelmässiger Feriengast von Zermatt ist - nimmt die Einladung dankend entgegen.

12. Entretien du Conseiller fédéral O. Stich [BRS] avec M. P. Maystadt [M], Ministre des Finances de Belgique, Sheraton, le 23 septembre 1992

[BRS] bedankt sich bei [M] für das entgegengebrachte Verständnis im Rahmen unserer Bemühungen zur Bildung einer Stimmrechtsgruppe sowie für die belgische Unterstützung bei der Suche nach einer Lösung der Sitzfrage. In Anbetracht der knappen uns zur Verfügung stehenden Zeit sowie angesichts dessen, dass uns seitens keinem Verwaltungsrats-mitglied eine Offerte für den Eintritt in eine bestehende Gruppe gemacht worden ist, stand uns keine andere Wahl, als etwas unkonventionell vorzugehen. Dabei hat es natürlicherweise einige Spannungen gegeben. Wir haben bei der Aufstellung unserer Stimmrechtstgruppe den Grundsatz verfolgt, keine bestehende Constituency zu gefährden. Dieser Grundsatz wurde auch bei unserer Kontaktnahme mit der Türkei nicht verletzt.

[M] zeigt grosses Verständnis für unseren Approach und äussert seine Befriedigung über die gefundene Lösung, die ohne Zweifel im Interesse aller Beteiligten liegt. Er freut sich auf eine kontinuierliche, freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Schweiz im Rahmen der BWI.

13. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. T. Hata [H], Ministre des Finances du Japon, IMF, le 21 septembre 1992

[BRS] rend visite à [H] afin de remercier le Japon du soutien accordé à la Suisse pour l'obtention du 24ème siège.

[H] souhaite la bienvenue à la Suisse et se réjouit de la perspective d'une étroite collaboration avec elle dans le cadre des institutions de Bretton Woods; il s'attend également à une contribution active de notre pays à l'IDA.

[H] interroge [BRS] sur ses prévisions quant à une conclusion prochaine de l'Uruguay Round. Il rappelle que son pays a des difficultés avec le contenu du compromis négocié actuellement

entre les Etats-Unis et la Communauté. Il se déclare, par contre, favorable aux propositions pragmatiques avancées par la Suisse.

Tout en précisant qu'en tant que Ministre des Finances il n'est pas compétent pour le GATT, [BRS] se dit confiant quant à la possibilité d'une issue favorable de la négociation.

[H] ajoute qu'il a récemment suggéré à M. Dunkel d'établir un forum au sein duquel chaque pays pourrait présenter ses vues et propositions et qui serait chargé d'élaborer un compromis acceptable pour toutes les parties.

14. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. Alhaji Ahmadu Abubakar [A], Ministre des Finances du Nigéria et Président du G-24, Hotel Sheraton, le 23 septembre 1992

[BRS] remercie [A] de son soutien et se dit heureux qu'une solution ait pu être trouvée avec la création d'un 24ème siège qui a consenti à la Suisse d'entrer au Conseil sans préjudice pour aucun groupe.

[A] s'en félicite d'autant plus qu'il a toujours considéré que si l'on acceptait la Suisse au sein des IBW (Institutions de Bretton Woods), il fallait aussi lui assurer un siège. En sa qualité de Président du G-24, il est dès lors intervenu auprès du Département d'Etat et du Treasury ainsi qu'auprès des Français et des Britanniques afin qu'une solution puisse être trouvée. Il est heureux que la très forte opposition américaine au 24ème siège ait pu être vaincue.

[BRS] relève que le siège suisse ne rompt pas les équilibres au sein du Conseil en ce sens que notre groupe se compose non seulement de pays européens mais aussi de Républiques asiatiques de l'ancienne Union soviétique. [A] affirme avoir soutenu les prétentions suisses au 24ème siège précisément pour cette raison.

15. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. Wim Kok [K], Vice-Premier Ministre et Ministre de Finances des Pays-Bas, IMF, le 21 septembre 1992

[K] félicite la Suisse de son adhésion aux IBW (Institutions de Bretton Woods).

A la considération de [BRS] que la création d'un 24ème siège a permis d'éviter l'émergence de problèmes politiques tout en assurant que les derniers arrivés soient représentés de façon adéquate au sein des IBW, [K] répond que le nombre de 24 sièges est loin d'être acquis et qu'il faut, dès à présent, s'employer à le sauvegarder et, ce, sans attendre l'échéance de 2 ans fixée par les Etats-Unis pour le réexamen de la question du nombre de sièges. [K] affirme qu'en tout état de cause les Pays-Bas ne sauraient en aucun cas accepter une réduction du nombre de sièges. [BRS] confirme que telle est également la position de la Suisse.

Après un bref échange de vues, provoqué par une question de [K] à [BRS], sur la problématique de l'adhésion de la Suisse à la Communauté et la votation sur l'EEE, [K] relève que les Pays-Bas n'ont guère apprécié que la Suisse soit venue "butiner" dans leur groupe. [BRS] réplique que la Suisse n'a jamais eu l'intention de menacer l'existence de quelque groupe que ce soit et qu'elle avait, par exemple, refusé de se prêter au jeu que les Etats-Unis avaient tenté de lui faire jouer en l'incitant à "s'approprier" du siège iranien. Par ailleurs, aucun groupe existant n'a invité la Suisse à y adhérer.

[K] concède qu'il n'a jamais imaginé que la Suisse aurait pu se contenter d'adhérer à un groupe existant et à ne pas former le sien et, d'un signe de la main, propose de mettre une pierre sur la passé et de se concentrer sur une coopération future qu'il souhaite fructueuse.

16. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. C. Bolona [B], Ministre des Finances du Pérou, Sheraton, le 21 septembre 1992

1. [BRS] manifeste son plaisir de recevoir [B] à la demande de celui-ci, rappelle tous les liens existants entre la Suisse et le Pérou et donne la parole à [B].
2. [B] lui expose la situation économique du Pérou qui est, selon lui, en net progrès:
 - L'on est passé de l'hyperinflation avant 1991 à un taux d'inflation de 140% en 1991 et de 50% en 1992 (en moyenne annuelle, le taux actuel ne serait plus que de 12%)
 - Les réserves monétaires sont passées de ./ 100 mio \$ avant 1991 à + 1.7 mia \$ actuellement
 - Le déficit budgétaire est passé de 12% du PIB avant 1991 à 0% en 1991 et à un excédent de 1.2% actuellement
 - Les revenus fiscaux sont passés de 4% du PIB en 1990 à 9% actuellement
 - Le rythme d'émission monétaire est inférieur au taux d'inflation
 - L'évolution du PIB a été de ./ 20% en 1990 à 2.5% en 1991, ./ 1% à 0% en 1992 et l'on s'attend à 3% en 1993.

La moitié de la dette extérieure de 22 mia \$ a été rééchelonnée et les arriérés réduits presque de moitié; les paiements se font ponctuellement. Un programme du FMI est en place; les objectifs pour le 2e semestre 1992 sont fixés, ceux du premier semestre ont été dépassés. Mais les problèmes subsistent avec des taux d'intérêt et des taux de change trop élevés.

[B] fait ensuite allusion aux problèmes politiques du pays (dissolution du Congrès, guerilla), confirme que l'Assemblée constituante sera élue le 22 novembre et note que la capture d'A. Guzman constitue un succès majeur.

Dans ces conditions, [B] demande l'appui de la Suisse dans les négociations des prochains mois entre le Pérou et les IBW.

[BRS] lui répond en se réjouissant des succès enregistrés par le Pérou dans sa politique économique et dans sa lutte contre le terrorisme. Il souligne l'importance d'un retour à la démocratie et promet à [B] le soutien de la Suisse à condition que le Pérou ait retrouvé des institutions démocratiques. Compte tenu de ses moyens financiers limités, la Suisse les attribuera en priorité aux pays démocratiques.

17. Entretien du Conseiller fédéral Stich [BRS] avec M. J. Osiatynski [O], Ministre des Finances et avec Mme Hanna Gronkiewicz-Waltz [G], Gouverneur de la Banque centrale de Pologne, Ambassade de Suisse, le 20 septembre 1992

"Constituency"

[O] et [G] promettent de communiquer les noms des deux "alternates" polonais dans une quinzaine de jours.

[BRS] informe ses interlocuteurs des contacts en cours avec l'Afrique du Sud et le Turkmenistan et les assure que si l'Afrique du Sud devait entrer dans notre groupe, cela n'affecterait pas la position de la Pologne.

[O] invite M. Kaeser à se rendre en Pologne. Il demande, par ailleurs, que son pays puisse se voir attribuer un autre poste professionnel au sein du groupe (consultant ou assistant) à moins que l'Afrique du Sud ne rejoigne notre groupe.

[BRS] répond que la Pologne est déjà en quelque sorte sur-représentée au sein du groupe et que nous devons aussi tenir compte des désirs légitimes des autres pays.

[BRS] et [O] s'accordent pour constater que les qualités des personnes appelées à occuper les postes sont plus importantes que leur nationalité. [G] relève que la connaissance, par tous les Polonais, de la langue russe est un atout qu'il convient de ne pas négliger.

Fonds de stabilisation

[O] demande à la Suisse de soutenir la proposition que la Pologne compte adresser au "Operating committee" du fonds de stabilisation. Le fonds n'ayant pas dû être utilisé pour soutenir le zloty, la Pologne souhaiterait que les pays contributeurs acceptent de changer l'affectation des sommes mises à disposition afin que les autorités polonaises puissent les utiliser pour restructurer et privatiser le système bancaire. Il s'agit, en effet, pour la Pologne d'une tâche prioritaire et urgente.

Cette requête pose un problème interne à la Suisse, répond [BRS]. La somme de 30 millions de dollars que nous avons mise à

disposition du fonds de stabilisation ne peut être utilisée à d'autres fins que ceux fixés dans la demande de crédit approuvée par le Parlement. Si la Pologne décide qu'elle ne veut plus du fonds, il faut le dissoudre et ensuite démarrer avec un nouveau projet pour lequel nous devons créer, en Suisse, une nouvelle base légale.

[O] comprend la situation et demande, néanmoins, à la délégation suisse de soutenir la Pologne au "Operating Committee", sans préjuger du règlement ultérieur du problème spécifique de la Suisse.

Les deux interlocuteurs conviennent de s'en remettre aux experts qui siégeront au "Operating Committee".

Note d'entretien

Entretien entre M. le Secrétaire d'Etat F. Blankart (BLF) et M. Mitja Gaspari (G), Ministre des Finances de la République de Slovénie, Washington, 22 septembre 1992.

1. Recu à sa demande, G rappelle que la Slovénie n'est toujours pas, à son regret et du fait de la situation yougoslave, membre des IBW.

Il espère encore que cela pourra se faire en octobre/novembre, et il serait heureux que la Suisse use de son influence auprès du G7 pour accélérer le processus.

Par ailleurs, la Slovénie reste intéressée à rejoindre le Groupe de vote suisse le moment venu (dans deux ans). G invite une délégation suisse à se rendre à Ljubljana pour en discuter.

2. BLF remercie G de son intérêt et lui rappelle que la Suisse vient de constituer un Groupe de vote dont la Pologne est le principal partenaire et où les postes sont déjà distribués. Toutefois, le moment venu, nous serons prêts à examiner la requête Slovène avec sympathie.
3. Le Directeur Exécutif Kaeser note que les Pays-Bas ont jusqu'ici défendu les intérêts slovènes dans les IBW. G le confirme mais explique qu'il ne s'agit que d'un accord transitoire. La Slovénie n'est pas satisfaite de la nouvelle structure du Groupe néerlandais et préférerait rejoindre le Groupe suisse.

* * * * *

1. Gespräch von Staatssekretär Gygi mit dem Direktor des Departementes Europa I im IWF, Massimo Russo¹ (R), vom 24. September 1992

R gratuliert einleitend der Schweiz zu ihrem Erfolg bei der Eroberung eines zusätzlichen Sitzes in den BWI.

Artikel IV Konsultationen

Diese sind strenger als die OECD-Prüfungen, werden aber nur einmal jährlich oder sogar nur alle zwei Jahre durchgeführt. Der Fonds schickt schriftliche Fragen zum voraus und zieht schriftliche Antworten vor. Zwar sind bisher bereits Art. IV-ähnliche Konsultationen mit der Schweiz durchgeführt worden, von jetzt an werden sie aber wesentlich mehr in die Tiefe gehen. Bei einem Land wie die Schweiz ohne echte Probleme wäre es wünschenswert, thematische Schwerpunkte zu setzen, welche uns besonders am Herzen liegen (z.B. Steuerwesen, monetäre Politik, Landwirtschaft etc.), und welche wir dem IMF zum voraus mitteilen sollten. Ebenso ist das timing wichtig, denn die Konsultationen sollten im richtigen Zeitpunkt des Policy making durchgeführt werden.

SS Gygi teilt die Meinung, die Schweiz habe keine echten Probleme, nicht ganz. Das aggregierte Budgetdefizit von Bund, Kantonen und Gemeinden wird im 1993 rund 2.5 bis 3 Prozent erreichen. Die Sozialleistungen dürften bei der Sanierung nicht angetastet werden. Die Policy making-Zeit erstreckt sich über das ganze Jahr, das Budget werde aber in der Verwaltung im April/Mai finalisiert und komme über den Sommer hinweg ins Parlament, wo es schliesslich im Dezember behandelt werde. April/Mai wäre danach die beste Zeit für die Artikel IV Konsultationen.

R weist darauf hin, dass der IWF seinen Bericht über die Artikel IV Konsultationen nicht veröffentlicht. Die Mitgliedländer selbst haben eine unterschiedliche Praxis und müssen selber entscheiden, was sie machen sollen. Das Problem sei jedoch, dass, wenn man einmal mit der Publikation beginne, man nur schwerlich damit wieder aufhören könne. Meist werde der Veröffentlichungsentscheid getroffen, wenn der Bericht zugunsten der Regierung ausfalle. Ist der Bericht später jedoch weniger günstig, stecke man im Dilemma. Die Erfahrungen seien unterschiedlich. So veröffentlichen Frankreich und Grossbritannien seine Berichte nicht, im Gegensatz zu Italien, welches dies öfters tue. Auch Deutschland veröffentliche nicht, der Bericht werde aber intensiv in den verwaltungsinternen Diskussion verwendet.

¹ Begleitet vom für die Schweiz zuständigen Abteilungschef im IWF, Leslie Lipschitz.

SS Gygi ist nicht sicher, ob man in der Schweiz eine Veröffentlichung verhindern könne. R stellt fest, dass von seitens der Mitarbeiter des IWF noch nie eine Indiskretion begangen wurde, das Problem liege in der mangelnden Disziplin des Board und seiner Mitarbeiter.

R präzisiert noch, es gäbe zwei wichtige Momente bei den Artikel IV Konsultationen: Das Debriefing am Ende der Mission durch den Chef der Mission (dieser Bericht ist nur durch den Managing Director genehmigt), und die Boarddiskussion mit Zusammenfassung durch den Managing Director, welche die Ansicht des Board reflektiere. Wer Missionschef für die Schweiz werde, werde noch mitgeteilt. Es wurde versucht, operationelle Länder mit nichtoperationellen Ländern zu mischen (im Falle der Schweiz befinden sich noch die CSFR und Oesterreich in der gleichen Abteilung). Dies habe sich nicht bewährt, da man sich zu stark auf die operationellen konzentrierte und die andern vernachlässige (siehe das Beispiel von Finnland, wo man plötzlich vor einer grossen Finanzkrise stand). Die gegenwärtige Lösung sei in Ueberarbeitung.

Das gute Verhältnis und die Akzeptanz der IWF-Ratschläge hängt gemäss R stark von der Qualität der Ratschläge, der Kompetenz der Mitarbeiter und dem Vertrauen zu ihnen ab. Dies sei bei Ländern wie die Schweiz besonders wichtig, wo nicht durch die Notwendigkeit von finanziellem Beistand Druck erzeugt werden könne.

Das Büro des Exekutivdirektors hat keine administrativen Vollmachten bei den Artikel IV Konsultationen (Instruktionen würden nur vom Managing Director erteilt), dagegen werde es natürlich auf dem laufenden gehalten. Auch könne der Exekutivdirektor die Mission begleiten, wenn er dies wünsche, und dabei eine nützliche Rolle spielen. Dies gelte im übrigen auch für die anderen Mitglieder unserer Constituency.

Entwicklung auf den europäischen Finanzmärkten/EMS

Mit Verweis auf die Unruhen auf den europäischen Finanzmärkten wünscht SS Gygi zu wissen, welche Rolle der IWF im EMS spiele. Die EG sei ja nicht Mitglied des IWF. Gibt es eine Ueberwachung der EG.

Lipschitz meint, dies sei eine heikle Angelegenheit, die EG habe sich immer gegen eine Rolle des IMF gewehrt. R präzisiert, dass der IWF ganz klar ein Mandat habe, auf Wechselkursarrangements einen Blick zu werfen. Nachdem Europa sein eigenes regionales System entwickelt habe, müsse der Fonds dazu auch etwas zu sagen haben. Zwar sei der IMF noch nicht in den Entscheidungsprozess integriert, doch seien die Ueberlegungen des IMF bereits Bestandteil der EG-Arrangement. Ursprünglich sei der Fonds sehr skeptisch in bezug auf den EMS gewesen und hat diesen nur als zeitlich limitiertes Arrangement angesehen. Aus diesem Grund hätten die Europäer natürlich auch dem Fonds die kalte Schulter gezeigt. Die Einstellung der Fonds hätte sich aber

geändert und der Chefökonom im IMF, Mussa, hätte dem Managing Director ein Memo über die Rolle des Fonds in bezug auf den EMS geschrieben. Die Dinge sind also im Fluss. Noch hätte der Fonds nichts zu den Wechselkursparitäten im EMS zu sagen, nehme aber ohne zu zögern Stellung. Kurz gesagt, der IMF sei nicht so präsent wie eigentlich nötig, aber auch nicht so inaktiv wie oft angenommen.

R wies auch auf ein psychologisches Problem in dieser Angelegenheit hin. Das Problem heisse im EMS nicht IMF, sondern USA, Japan bzw. LDC, welche via IMF sich in die Festsetzung der Wechselkursparitäten der Europäer einmischen könnten. Dies erkläre natürlich auch die Zurückhaltung der Europäer.

Lipschitz fügt noch die Bemerkung hinzu, dass er als Nicht-Europäer erstaunt über den wachsenden Einfluss des IMF in Europa sei. Sogar Deutschland suche den Rat und die Analysen des IMF. Auch beim Monitoring des Maastricht-Kriterien wachse der Einfluss des Fonds.

2. Gespräch von Staatssekretär Gygi mit dem Abteilungschef für Zentralasien im IWF, Ishan Kapur (K), vom 24. September 1992

SS Gygi freut sich, den Abteilungschef kennenzulernen, der für die meisten Länder der schweizerischen Stimmrechtsgruppe zuständig ist, und möchte sich über deren Probleme näher informieren.

K meint einleitend, alle Länder dieser Region seien sehr unterschiedlich, sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht, wie auch im Hinblick auf ihre Entwicklungsaussichten.

Turkmenistan

Es handelt sich um ein kleines Land mit 4 mio. Einwohnern und grossen Vorräten an Erdöl und Gas, quasi ein Mini-Saudi Arabien. Es sei ein klassischer Fall von sowjetischer Fehlleistung, denn das Erdöl und Erdgas seien zu lächerlich geringen Preisen in die UdSSR exportiert worden. Turkmenistan sei von den Sowjets misshandelt worden. Die Umstellung auf Weltmarktpreise bedeutete eine riesige Herausforderung. Das Land produziere zwar Gas, besitze aber keine einzige Verarbeitungsanlage und nur eine Pipeline Richtung Russland, keine dagegen in Richtung Hartwährungsländer. Ebenso sei es schwierig, von der Subventionsmentalität auf die Preisliberalisierung umzustellen. Die Liberalisierung der Preise sei aber wichtig, sollen die Einnahmen aus Erdöl und Erdgas nicht lediglich für den Konsum verwendet werden. Was das Land benötigt, sind ausländische Direktinvestitionen. Willkommen ist auch die geplante Gas-Pipeline in die Türkei und nach Europa. Die Regierung betrachtet K als nicht besonders progressiv, aber auch nicht als hardliner.

Tajikistan

Dieses Land befindet sich auf dem anderen Ende, habe nicht

viel Potential, produziere etwas Baumwolle, welche aber nicht sehr kompetitiv sei, ist ein grosser Importeur von Nahrungsmitteln, produziert Hydroenergie und verarbeitet Aluminium, obwohl es selber kein Bauxit fördert. Das Aluminium sei nicht konkurrenzfähig aufgrund der Transportprobleme.

Tajikistan habe innere politische Probleme, nicht ethnische, sondern solche wegen islamischen fundamentalistischen Bewegungen. Im Gegensatz zu den politischen und religiösen Differenzen würden kaum Unterschiede in bezug auf die Wirtschaftsorganisation bestehen. Dramatisch sei, dass die bisherigen Transferzahlungen der Sowjetunion, welche 15-20 Prozent des GNP ausmachten, wegfallen. Es gebe ein gewisses Potential für Hydroenergie, doch kaum Aussichten auf Energieexport. Tajikistan würde einige Zeit für seine Entwicklung benötigen. Es war schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion arm, sein Prokopf-Einkommen erreichte nur rund 50-60 Prozent des sowjetischen.

Uzbekistan

Uzbekistan, das eine Bevölkerung von 20mio Einwohner aufweist, habe ein enormes Potential, ist Selbstversorger bei den Nahrungsmitteln, hat Gold, Erdöl und sehr unternehmungslustige Leute (debrouillards). Das Land habe die grösste Traktorenfabrik der ehemaligen Sowjetunion und zwei Flugzeugfabriken, welche man reaktivieren könne. Das Problem sei die Regierung: Präsident Karimov regiere das Land wie ein kleiner Breschniew und denkt, und das mache die Dinge noch schlimmer, er sei ein guter Oekonome. Die Regierung verstehe absolut nicht, was eine Wirtschaftsreform sei. Hätte das Land gute Wirtschaftspolitiken, könnte es sehr wohlhabend werden. Unglücklicherweise werde alles nur konsumiert. K glaubt, nur ein grundlegender Regierungswechsel könne eine Aenderung bringen.

K meint, wenn die Swissair nach Tashkent fliegen würde, würden die Bretton Woods Institutionen die Flugzeuge füllen.

Kirgistan

Die Situation Kirgistans ist sehr verschieden von den anderen Ländern der Region. Die Leute dort seien sehr "sophisticated" und der Präsident den Reformen verpflichtet. Auch Kirgistan leide unter dem Anpassungsschock, erhielt es doch rund 10 bis 15 Prozent seines GDP als Transferzahlungen von Moskau. Diese sind natürlich nun weggefallen. Ein weiterer Schock war die Erhöhung der Energiepreise. Zusammen bewirkte dies eine Kontraktion des GDP von rund 25 Prozent. Der Beweis der Stupidität sowjetische Planung sei auch die grösste Zuckerfabrik der ehemaligen Sowjetunion, welche kubanischen Zucker verarbeitete. Aufgrund des Devisenmangels und des Ausfalls der Lieferungen aus Kuba läuft die Fabrik nun nur noch auf rund 20 Prozent seiner Kapazität. Das Land habe ein gewisses Potential, so z.B. den Abbau von seltenen Mineralien und den Tourismus. Das grosse Problem bleibe aber der rasche Rückgang der verfügbaren Einkommen und die Absorbition des Anpassungsschocks. Ebenso gebe es einen potentiellen Konfliktherd zwischen den nomadisierenden

Kirgisen und den slawischen Stadtbewohnern. Delikate Probleme würden bei der Privatisierung entstehen, sollen die Slawen nicht bevorzugt werden. Viele russische Techniker sind zudem abgereist, was zusätzliche Probleme verursacht. Deutschland helfe stark, doch die Finanzierungslücken werden gross sein. Kirgistan werde viel Unterstützung benötigen und verdiene diese auch.

Auf die Frage von SS Gygi nach der politischen Situation meint K, der Präsident sei ein echter Demokrat und sehr populär. Kirgistan benötige viel Unterstützung durch die Schweiz, vor allem technische Hilfe. Der Vorteil bei Kirgistan sei es, dass wenig Mittel investiert werden müssten und einen hohen "return on investment" brächten.

K meint abschliessend, dass bei Reisen schweizerischer Delegationen nach Kirgistan auch der Privatsektor einbezogen werden solle. Schliesslich weist er darauf hin, dass Kirgistan sein Gold und Währungsreserven bei Privatbanken angelegt habe. Vertreter der Nationalbank sollten bei Gelegenheit mit dem Vorsitzenden der Nationalbank, Nanayev, oder dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Aussenwirtschaftsbeziehungen, Saryghulov, sprechen.

Le Groupe des Dix

La réunion du Groupe des Dix (ou des Onze), le dimanche 20 septembre, sous la présidence de M. Dan Mazankowski, Ministre des Finances du Canada, a été assez brève. La libéralisation des prix et la réforme du marché des changes en Russie n'ont pas conduit aux changements majeurs dans l'allocation des ressources qui sont nécessaires pour retrouver le chemin de la croissance; ce pays va connaître de graves difficultés de paiement à la fin de l'année, vu que ses réserves de change ont été pratiquement épuisées par la fuite des capitaux et par une tentative de stabiliser le cours du rouble cet été. Il importe, avant d'accorder une aide à la Russie, de mieux estimer ses besoins et ses ressources. L'Estonie et la Lettonie ont conclu un stand-by agreement avec le FMI, la Lituanie va le faire très prochainement; des accords sont aussi attendus pour la fin de l'année avec la Biélorussie, le Kazakhstan et le Kirghizstan. Dans les autres républiques en revanche, peu de progrès ont été notés; en particulier l'Ukraine semble sourde à la bonne parole du FMI. La zone rouble est en train de se décomposer.

En ce qui concerne les pays de l'OCDE, on a noté ces derniers temps que les prévisions économiques avaient tendance à être trop optimistes; c'est pourquoi il ne faut pas s'attendre à plus de 1.5 % de croissance pour 1992; en 1993, on n'atteindrait pas 3 %. Dans la plupart des pays, des ajustements (déficit budgétaire, chute de la valeur des actifs mobiliers et immobiliers) sont encore nécessaires.

Le G-10 a approuvé la proposition de reconduire les Accords Généraux d'Emprunt du FMI pour une nouvelle période de cinq ans à partir de fin 1993; le paragraphe 22, concernant le statut spécial de la Suisse, sera biffé maintenant que notre pays est devenu membre du Fonds. Le prochain président du G-10 sera le Secrétaire américain au Trésor, M. Nicholas Brady.

Le Comité intérimaire

Le Comité intérimaire a siégé le dimanche 20 septembre, sous la présidence de M. Solchaga, Ministre de l'Economie et des Finances espagnol et en présence de M. Shokhin, Vice-Premier Ministre russe. Il a relevé le contraste entre les perspectives de croissance assez réjouissantes pour 1993 dans les pays en développement (6%) et la quasi-stagnation que l'on annonce pour le monde industrialisé. La croissance devrait reprendre en Europe de l'est en 1994. Quant à la Russie, après l'aide d'urgence déjà accordée, on attend un deuxième paquet lié à des conditions plus strictes et, au plus tôt au cours de l'année prochaine, le fonds de stabilisation du rouble. La réunion du Comité Intérimaire s'est terminée par une visite-surprise chez le Président Bush qui a remis sur le tapis l'idée d'utiliser un panier de matières premières (dont l'or) comme indicateur.

September 18, 1992

COMMENTS ON THE PROGRESS OF ALBANIA'S ECONOMIC REFORMSBackground

The democratic government which took office in March 1992 inherited an economy in profound crisis. Industrial production had declined by 50% or more since 1989, with most enterprises either closed or operating at only a small fraction of capacity. Once a net food exporter, Albanian agriculture, suffering from a shortage of inputs and disruption brought about by land distribution, was in deep deficit. The country now relies on humanitarian aid to avert widespread malnutrition. The state's fiscal position had virtually spun out of control. With a sharp contraction in the traditional revenue base and a loss of control over current expenditures, the overall budget deficit approached 50% of GDP in the first half of 1992, virtually all of it financed by the domestic banking system. This contributed to a dramatic increase in inflation, which exceeded 200% per annum during the early months of 1992. A hyper-inflationary spiral was a clear risk. Meanwhile, despite several official devaluations of the lek and some early efforts at price reform, relative prices remained severely distorted, and the balance of payments continued to deteriorate.

The government saw little alternative but to embark on a radical and comprehensive program of reforms aimed at stabilizing the situation and laying the foundation for medium-term growth. Intensive discussions were initiated with the IMF, with a view toward developing a reform program that could be supported by a standby arrangement. The program that was adopted and is now being implemented involves: 1) a sharp decline in domestic bank financing of the budget deficit to be achieved through the mobilization of domestic revenues and a decline in current expenditures by 40% of GDP; 2) comprehensive price liberalization and major increases in those prices that remain under control due to monopolistic supply conditions, with compensatory wage payments for the most vulnerable groups; 3) increases in domestic deposit and lending rates to approximate real positive values by the end of the year; 4) strict ceilings on the availability of domestic credit; 5) limits on nominal wage awards to equate real wages with the decline in domestic output; 6) a comprehensive liberalization of external trade and currency exchange; 7) commercialization of state enterprises and privatization as rapidly as possible.

This program won the support of the IMF Executive Board, which approved a standby arrangement for Albania on August 26, 1992. Moreover, our economic reforms have earned the endorsement of the G-24 countries which convened in Tirana on July 24 to discuss our program and our ongoing needs for external assistance.

Economic Developments

Despite these steps forward, the immediate economic situation remains very bleak. We estimate that domestic output will fall another 20-30% this year over last year's severely depressed levels. Unemployment is rising rapidly and is now estimated at 25% of the workforce and probably 50% of the industrial workforce. Inflation was 45.7% in August, mainly due to the liberalization measures and increases in official prices of controlled commodities. But even excluding these items, at 7.5% that month, inflation is unacceptably high. External trade remains severely depressed, owing to some of the same problems which have plagued the rest of the economy. The volume of trade in 1991 was down 50% from the levels of the late 1980s, and another 50% during the first half of 1992 compared with the comparable period in 1991. Exports during the first half of the year were only \$28.5 million, and, though we do not have more recent data, we are pessimistic that we shall achieve even \$60 million in exports this year.

Recent Policy and Administrative Developments

A. Fiscal Policy

Early indications suggest that the Government's tightening of fiscal policy seems to be holding. While we are skeptical about the preliminary data which suggest that the government budget was in surplus during July and August, (the data do not include some expenditures made during the period which are still to be effected by the banking system), nevertheless, there has been a clear improvement in the deficit in recent months. Though the deficit is still unacceptably large, improvements have been evident on both the revenue and expenditure sides of the budget.

Domestically generated revenue during the first eight months of the year have exceeded the projections we made just two months ago by 10%. Particularly strong performance is evident in collections of turnover taxes (125% of projections) and other taxes (178% of projections, including customs duties). Moreover, the new revenue measures implemented August 1 have already mobilized 523.9 million lek and are on track to achieve the 1801.7 million lek we had estimated for the budget during the remainder of the year. Should current trends continue, we will meet the domestic revenue targets of our IMF program. By contrast, sales of foreign aid in July and August (39% of projections) have been well below expectations. However, this is due mainly to the lack of deliveries which had been anticipated. Early indications suggest that the reforms to the counterpart fund system that were implemented this summer are working, and budget collections on the sales of aid that did arrive during the period have been strong.

Expenditures have been sharply reduced in real terms. During the first six months of the year, current spending was only 73% of projections, and only 47% of what had been budgeted during July and August. However, it should be emphasized that, at least for the July-August period, the preliminary data are unreliable as they fail to capture spending which has not been effected or reported by the banking system. Even so, we are tentatively optimistic that the administrative controls that are being put in place will enable us to achieve the spending reductions indicated in our 1992 budget.

B. Incomes Policy

The Government's price reforms are aimed at restoring a coherent structure of relative prices that can induce a supply response (particularly in agriculture), improve the balance of payments, eliminate subsidies, and generate revenue for the budget. While it is too early to tell if these objectives are being met, it is now plain that the price reforms are holding and the population has accepted their necessity, despite the dramatic decline in the standard of living.

After an increase August 1 to compensate partially for the price increases, wages have by and large been held in check. The average wage in non-budgetary institutions is around 3000 lek/month, and in budgetary institutions it is around 1700 lek/month. In the private sector, rough estimates are that wages for unskilled workers are between 2000-4000 leks/month, and for skilled workers wages range up to 6000 leks/month.

In addition to the compensation payments, a wage restructuring scheme has been developed for budgetary institutions aimed at increasing wage differentials to provide greater incentives for workers and to discourage "brain drain". The new scheme creates 22 classes of workers, with the lowest category earning 750 leks/month, and the highest (a director in a ministry) 2500 leks/month. In addition, for the highest state positions, wages will range from 5000 to 10000 leks/month.

The partial compensation scheme has now been implemented, but we must admit to some concern that the compensation payments of August may not have been enough. According to our calculations, as of August 20, the minimum cost of living which would provide the barest nutritional necessities (comprising 71% of total consumption) and other essentials is now 2934 lek/month for an unskilled worker with 0.8 dependents. After compensation, the average wage of workers in non-budgetary institutions is almost precisely this amount. However, in budgetary institutions the average wage is only 74% of the minimum living cost. In fact, approximately 165,000 of the 170,000 workers in budgetary institutions earn less than the minimum cost of living, and the situation is much worse for those on social assistance (40% of the cost of living) and pensioners. Taking these facts into account,

we think that it may be necessary to increase the amounts given to those on social assistance and to some categories of pensioners.

C. Monetary Policy

On July 1, significant monetary policy reforms were implemented, including the raising of interest rates on deposits and credit to approximate real positive values. The policy appears to be having the desired effect, as there has been a significant shift from demand to time deposits, state enterprises have been using (and paying back) credit with more discrimination, and private borrowers, who probably have more viable projects to finance are capturing a slightly larger share of available credit in the banking system.

In addition to increases in interest rates, strict credit ceilings have been imposed to curtail the monetary expansion. So far, the banking system is well within the allowable ceiling for the third quarter. In fact, the Commercial Bank and the Savings Bank have actually reduced the net stock of credit to levels below end-June 1992. The National Bank, which is the primary lender to the state enterprises, by contrast, is near its credit limit, and further lending by that bank is being monitored very closely.

Though major reforms in the institutional framework of the banking system have been made, there is still enormous work to be done. In particular, the banks are burdened by a large stock of bad debts and a lack of capital. We want to write off these debts and recapitalize the banks but are constrained by the absence of resources in the government budget to finance the exercise. Furthermore, the structure of the banking system is severely distorted, with one bank primarily serving as a deposit-taker and the others serving almost exclusively as lenders. Restructuring is essential. Finally, the banks suffer from a severe shortage of facilities, including separate quarters, as well as of qualified personnel who know modern banking practices and are experienced with banking in a market economy. We are soliciting support from foreign donors, development institutions and commercial banks to help our banking system develop.

D. External Sector

As noted earlier, foreign trade is in sharp decline, and despite the trade liberalization measures that have been taken, Albania's a recovery in exports seems to be constrained by the more fundamental problems afflicting the economy. Moreover, despite the recent passage of a new foreign investment law, significant foreign investments do not appear imminent except perhaps in a few sectors such as mining and tourism. Our balance of payments position is a major concern for the success of our reform program. We remain vitally dependent on foreign commodity aid, official sources of external finance, and on the remittances in cash and kind of recent

economic emigrants to avoid an unacceptable compression of imports and to hold out hope for the near-term reactivation of our economy.

A positive development in the external sector has been the recent introduction and successful operation of a free market in foreign exchange. Albania now has a small, but growing, network of authorized foreign exchange dealers; unauthorized dealers are being tolerated for the time-being in order to gain their confidence. Each day the central bank collects information on the volume and values at which foreign currency is exchanged. These rates are announced daily, and government transactions are carried out at this market rate. It is somewhat reassuring to note that since late spring, when implementation of our stabilization measures was begun, the lek has appreciated from 120-130/US\$ to around 95/US\$ today. And despite considerable volatility due to the illiquidity of the market, the value of the lek seems to be on a trend of slow appreciation or at least stabilization.

E. Agriculture

Agriculture is poised for a major supply response next year. Though, again this year, the harvest will be poor and well below our needs, most peasants now have formal or practical ownership of their land, they have been allowed much higher prices for their output, they are free to diversify their crops, foreign financed agricultural inputs and infrastructural improvements are on their way, and farmers' incomes and assets are free from direct taxation for the time being. There is little doubt that farmers, particularly in the lowlands, are very pleased with the new market environment, and impressionistic evidence -- for instance, a marked increase in new home construction -- would suggest that their incomes have risen dramatically this year. Of course some farmers who received no land or very poor land, especially in the high mountains, have not benefited from the reforms. We must address the fact that their continued existence in these areas is not sustainable without government support which we cannot afford.

The Government's next tasks in agriculture are to issue formal titles that would permit the development of a market for farm land, address the question of the state farms, improve the rural infrastructure through repairs to the irrigation system and the roads, and encourage the development of rural marketing and credit facilities. As to the state farms, a few joint ventures with foreign firms have been formed. Moreover, a "state farm privatization task force" has been convened to implement pilot restructuring and privatizations in the near term. Nonetheless, the state farms present a major challenge due to their near universal insolvency, over-manning, inefficient organizational structures, and their siting on Albania's best land.

F. Enterprises

There is little positive news to report about the enterprise sector. With the discontinuation of central government subsidies and of the 80% payments for idled workers, enterprises now have stronger incentives to get back to work. Many problems stand in their way, however, including the continued lack of imported raw materials and spare parts needed to produce. Foreign aid has been committed to help pay for imported inputs. But the arrival of this aid, for a number of reasons, will be much slower than we had expected and is unlikely to occur in substantial quantities until this winter or spring. This greatly concerns us, because there is already a high level of unemployment, great dissatisfaction among workers still in jobs, and insufficient resources within the budget or the banking system to finance these enterprises until the imported materials arrive.

Meanwhile, as they face the hard budget constraint for the first time, our enterprises are facing a fast-growing and cascading problem of inter-enterprise arrears. These arrears exploded to 6.8 billion lek (gross) as of end-August 1992 and are having a choking effect on the economy. They pose a great problem not only to monetary control, inflation, and the balance of payments, but also further complicate our efforts to unblock production. We are now engaged in developing a strategy to address the problem -- insofar as it is caused by non-economic factors -- which we regard as a matter of highest priority.

The new Enterprise Law is now being implemented to restore the state's ownership rights over state enterprises. Governing Councils and directors are being appointed now by the relevant state authorities in order to regain control over the enterprises. We must also accelerate the development and passage of our bankruptcy law, which will be essential to assist the orderly exit of firms that are plainly incapable of operating in a market environment. Also of high priority is the development and passage of a law on restitution of property. Our objective is to develop a law that provides for restitution of enterprises and urban land, but at the same time does not impede new investments or the privatization process. We expect that this law, too, will be submitted to Parliament in October.

Privatization has progressed somewhat haltingly so far. We have made good progress on distributing the land to private hands, but less so in granting full and final title to the new landholders. Privatization of retail shops, small service shops, and certain small-scale industries has progressed rather well, and these enterprises are now mostly in private hands. But the legal and institutional framework for privatization is still very weak, which has hampered efforts to privatize larger enterprises and to put the entire process on a more organized and transparent basis. These problems led the Government to suspend privatization on April

25 until a more appropriate legal and institutional framework can be put into place. So far, the value of state property that has been privatized is 192 million lek, and an estimated 37,000 people now work in the private sector. Apart from resuming the privatization of industrial facilities this fall, we also intend very soon to privatize the state-owned flats.

G. Foreign Debt

Some progress has been made in rescheduling our foreign debt. With the assistance of foreign legal experts, we have separated our uncovered foreign exchange trading obligations from the rest of our commercial debts. Discussions have begun on a settlement of these spot market liabilities, which could include their payment at a deep discount. With the recent nomination of a senior Italian financier to serve as a negotiator on our behalf, we also plan to convene a conference of the rest of our commercial creditors in order to seek some resolution of those obligations as well.

H. Foreign Aid

As noted above, Albania remains heavily reliant on humanitarian aid to meet the basic food requirements of our population. In some food categories, donor commitments have been made that would satisfy our needs for the next several months. However, there has been a persistent problem in the scheduling of deliveries, and many important commodities simply disappear from domestic markets for long periods at a time. Soap and eggs, in particular, are very much in short supply now, and no deliveries of these commodities appear imminent for some time to come.

We have also had problems in taking delivery of the industrial raw materials and spare parts that are being financed by EC grants. The first tranche of 10 MECU has been ordered but has not yet arrived. The second tranche of 20 MECU is still in the process of being ordered, and we do not expect the raw materials to arrive until the winter and the spare parts later still. These delays pose serious threats to our stabilization program, because of the risk that industry will not resume production for some time to come. Meanwhile, as winter approaches, it is not clear how long the population can withstand the double hardships of material shortages and work stoppages. The Government has now decided on a scheme to allocate the aid through a short-term enterprise support unit, but we need the aid to arrive for the scheme to be effective.

Signs of Success but with Troubling Problems

In summary, we are encouraged by early signs of success in the implementation of our tight fiscal and monetary policies, the general acceptance of price reforms, and by the impact of these reforms on both the economy and the budget. Private activity is taking hold in Albania. There has been an apparent increase in private construction. New small-scale businesses are forming, and jobs in the private sector are being generated.

But we are troubled by the continued paralysis of the enterprise sector. The problem is compounded by the rapid emergence of inter-enterprise arrears. And adequate financing is simply not available either from the budget or the domestic banking system. Moreover, much work remains to be done in structural reform, especially in the development of the legal and institutional framework for privatization, bankruptcy, and the restitution or compensation of former owners of enterprises and urban land. Broad segments of the Albanian population are plainly making large sacrifices as a result of the reforms. Indeed, we are very concerned at the growing level of poverty that is now evident in Albania, and some remedial action will have to be taken within the limits of our resources. These problems underscore the ongoing need we have for foreign investment but also for assistance from our friends overseas -- with food aid, raw materials and spare parts for our industries, and other forms of balance of payments support -- if we are to weather the current crisis and to make the reforms that can sustain medium and long-term economic growth.